PLENUM AKTUELL
INFORMATIONEN DER SPD-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG
Ausgabe 07/2019 – 26. September

HESSEN SPD LANDTAGSFRAKTION

SCHWARZGRÜN VERSCHLEIERT UNTERRICHTSAUSFALL

LANDESREGIERUNG MUSS ZAHLEN LIEFERN

„Unterricht fällt Tag für Tag an hessischen Schulen aus, das ist eine Tatsache“, erklärte der bildungspolitische Sprecher Christoph Degen in der Plenardebatte zum Unterrichtsausfall in Hessen. „Wir fordern Sie auf, endlich Zahlen vorzulegen und Transparenz zu schaffen“, richtete Degen sich an die Regierungsbank. Das sei kein unmöglicher Verwaltungsaufwand, da die Schulen solche Zahlen ohnehin erheben würden. Noch dazu funktioniere dies in nahezu jedem anderen Bundesland. Nur wer die tatsächlichen Probleme an den Schulen kenne, könne auch Lösungen entwickeln. „Wir sind nicht länger bereit, die Arbeitsverweigerung des Kultusministers zu akzeptieren“, erklärte Degen. Es sei absurd, dass ein Kultusminister erst ein Konzept zur Erfassung des Unterrichtsausfalls erarbeiten müsse. Jeder Schüler in Hessen könne ihm erklären, was es bedeute, wenn pro Woche zwei, drei oder vier Unterrichtsstunden ausfielen und den Grund dazu benennen. Dass die CDU es in 20 Regierungsjahren nicht hinbekommen habe, die einst versprochene Unterrichtsgarantie umzusetzen, zeige sich tagtäglich. „Alles ist auf Kante genäht. Wenn jemand länger krank wird oder in Elternzeit geht, bricht das Vertretungssystem zusammen“, so Degen. Neben dem Lehrermangel gebe es eine Reihe von Gründen, warum nicht genügend und vor allem nicht genügend qualifizierte Lehrkräfte an den Schulen unterrichteten. „Wir brauchen Ehrlichkeit, Transparenz und Zahlen“, schloss Degen.

ANHÖRUNG BESTÄTIGT SPD-GESETZENTWURF

Elke Barth warf der Landesregierung in der Debatte zum Gesetz über das Verbot von Zweckentfremdung von Wohnraum Ignoranz gegenüber den aktuellen Problemen auf dem Wohnungsmarkt vor. „Die Anhörung am 11. September hat gezeigt, dass unser Gesetzentwurf mehrheitlich von den Anzuhörenden befürwortet wird – insbesondere von großen Städten wie Frankfurt und Wiesbaden“, drückte Barth ihr Unverständnis gegenüber der Weigerungshaltung von Schwarzgrün aus. Auch der Hessische Mieterbund befürworte den Entwurf, da jede Wohnung, die nicht vom Markt verschwinde, nicht durch teureren Neubau ersetzt werden müsse. „Eindrucksvoll haben Vertreter aus der Stadt München von den Erfolgen des dortigen Zweckentfremdungsverbots berichtet. In 370 Fällen wurden die Verdachtsmomente bestätigt und die betreffenden Immobilien wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt“, so Barth. Auf diese Weise habe München in nur einem Jahr mehr als 24.000 Quadratmeter Wohnraum retten können. Deshalb appelliere die SPD erneut an die Regierungskoalition, dass der Erhalt von Bestandswohnungen neben dem Neubau wieder Teil der hessischen Wohnungspolitik werden müsse. Schillernde Werbeaktionen wie der „Frankfurter Bogen“ oder „Supermarktgipfel“ könnten nicht über weiter steigende Mieten hinwegtäuschen.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

SPD FORDERT STOPP VON VERKAUF VON LANDESEIGENTUM

Als ein unwürdiges Schauspiel bezeichnete Wolfgang Decker das scheinbar endlose Hin und Her um den Verkauf der Liegenschaft der Bereitschaftspolizei Kassel und der Polizeischule in Mühlheim. „Die SPD fordert den sofortigen Stopp der geplanten Verkäufe“, stellte Decker klar. Es handele sich schließlich nicht um irgendwelche Landesliegenschaften, sondern um wichtige Einrichtungen der hessischen Polizei. „Wir unterstützen die Haltung der Gewerkschaft der Polizei, die befürchtet, dass die Polizei bei einem Verkauf und anschließender Anmietung nicht mehr Herr im eigenen Hause ist“, sagte Decker. „Wir haben es hier mit einer absolut hoheitlichen Aufgabe zu tun. Da gehört ein solch endloser Immobilien-Poker nicht hin.“ Neben dem Stopp der Verkäufe, fordere die SPD, dass die Landesregierung die notwendigen Sanierungsmaßnahmen in eigener Regie durchführe. Das Festhalten an den Verkaufsplänen passe außerdem nicht zu Ankündigung des Finanzministeriums, die bisherige Praxis des „Sale and lease back“ kritisch auf den Prüfstand zu stellen, nachdem man in der Vergangenheit schon mehrfach finanzielle Aufleger gemacht habe.

VERBESSERUNGEN IN DER PSYCHIATRIE NOTWENDIG

„Psychiatrische Kliniken dürfen nicht zu Verwahrungseinrichtungen werden“, sagte Dr. Daniela Sommer in der Aktuellen Stunde zu den Arbeitsbedingungen in hessischen Psychiatrien. „Dafür braucht man dringend mehr Personal, mehr therapeutische Angebote, mehr Beziehungsarbeit und vor allem weniger Zwang.“ Deshalb fordere die SPD Sozialminister Klose auf, endlich seine Versprechen umzusetzen, die Versorgung psychisch kranker Menschen zu verbessern, Wartezeiten zu verkürzen, Versorgungslücken zu schließen und sozialpsychiatrische Dienste zu stärken. „Selbst die engagiertesten Mitarbeiter können unter den derzeitigen Bedingungen nicht den Ansprüchen einer guten Versorgung gerecht werden“, so Sommer.

SCHWARZGRÜN SCHMÜCKT SICH MIT FREMDEN FEDERN

In der von der CDU beantragten Aktuellen Stunde zur Hessenkasse erklärte Marius Weiß, dass die Landesregierung sich mit fremden Federn schmücke. „Solche Selbstbeweihräucherungsanträge kennen wir ja“, sagte er. „Aber die Hessenkasse ist alles andere als eine Erfolgsgeschichte.“ Auch wenn sich Hessen gerne als bundesweites Vorbild für die kommunale Entschuldung sehe, seien es doch die Kommunen selbst, die sich mit einem lediglich kleinen Beitrag des Landes entschulden. Außerdem sei ein Großteil der kommunalen Schulden erst aufgrund der mangelnden finanziellen Ausstattung durch das Land entstanden. Dass die kommunale Familie kaum ein positives Wort über die Hessenkasse verliere, runde dieses Bild ab.

KLIMASCHUTZ GEHT NUR GEMEINSAM

„Wenn eine Katastrophe auf die Welt zukommt, kann diese nur bekämpft werden, wenn die Menschen zusammenarbeiten – über Landesgrenzen hinaus“, erklärte Gernot Grumbach in der Aktuellen Stunde zum Klimaschutz. Koalitionen bringe Parteien stets in die Lage, bestimmte Dinge tun zu können und andere eben nicht. Dementsprechend sei auch das von der Bundesregierung beschlossene Klimapaket lediglich ein Anfang. Wie sich der weitere Weg zur Problembewältigung gestalte, sei eine Frage der Auseinandersetzung und des Umgangs miteinander. „Wenn wir wirklich etwas ändern wollen, dann bedeutet dies, dass manche Menschen ihre Arbeit in zehn Jahren vielleicht nicht mehr haben werden, weil es sie in dieser Form nicht mehr geben wird“, erklärte Grumbach. Dies sei ein Zwiespalt, in dem sich die Politik derzeit befinde. „Diese große Aufgabe kann nicht mit Sprüchen, sondern nur mit viel Nachdenken gelöst werden“, rief er zu mehr Zusammenarbeit auf.

TRANSPARENZ GEHT ANDERS

AUFKLÄRUNG IM MORDFALL LÜBKE

„Aufklärung wird nur dann glaubwürdig, wenn sie für die Öffentlichkeit transparent erfolgt“, sagte Günter Rudolph in der Plenardebatte am Donnerstag. Der Parlamentarische Geschäftsführer forderte von Seiten der hessischen Sicherheitsbehörden Transparenz und Aufklärung im Fall der Ermordung des ehemaligen Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübke. Bis heute verfolgten die hessischen Sicherheitsbehörden, für die Innenminister Beuth die politische Verantwortung trägt, größtmögliche Geheimhaltung für die relevanten Unterlagen. „Es ist ein Skandal, wenn Journalisten erst das Landesamt für Verfassungsschutz verklagen müssen, um zu erfahren, wie oft bestimmte Namen in bestimmten Unterlagen auftauchen“, so Rudolph. Ein viel größerer Skandal sei jedoch, dass es für den Innenminister offensichtlich Abgeordnete erster und zweiter Klasse gebe: Während er selbst und Nancy Faeser als Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission für den Verfassungsschutz (PKV) nach Einsicht in die Akten des LfV zu Stephan E. auf strikte Geheimhaltung verpflichtet worden seien, habe der Grünen-Abgeordnete Frömmrich nach Einsicht in dieselben Akten vorgeblich mit Genehmigung des Innenministers Medienvertreter über deren Inhalt informiert. Rudolph widersprach auch der Einschätzung der CDU, dass alle relevanten Informationen zur Ermordung von Lübke vorlägen. „Wir werden alle parlamentarischen Möglichkeiten zur Aufklärung nutzen. Das schließt die Möglichkeit eines Untersuchungsausschusses ein“, sagte Günter Rudolph.

SCHUTZ FÜR SCHWANGERE FRAUEN

BRAUCHT GESETZLICHE REGELUNG

Zu lange habe die Landesregierung Frauen im Stich gelassen, kritisierte Nadine Gersberg in der Debatte zum Gesetzentwurf der Linken für ein Gesetz zum Schutz der Rechte schwangerer Frauen bei Schwangerschaftsberatung und -abbruch. „Bereits seit Anfang des Jahres 2017 werden Einrichtungen von Schwangerenkonfliktberatung von Abtreibungsgegnerinnen und-gegnern zweimal im Jahr für jeweils 40 Tage belagert. Auch Arztpraxen und Kliniken, die Abtreibungen vornehmen, sind betroffen. Frauen werden auf ihrem Weg in die Beratungsstelle durch Schmährufe und Gesängen belästigt“, erklärte Gersberg. Das verstärke den psychischen Druck und beeinträchtige die Menschenwürde der Frauen massiv. Der von der Landesregierung verschickte Erlass komme viel zu spät und könne nur ein erster Schritt sein, um die Frauen zu schützen. Da solche Handlungsempfehlungen nicht befolgt werden müssten, brauche es ein verbindliches Gesetz, das die anonyme und ergebnisoffene Beratung gewährleisten müsse. „Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen ist ein wichtiger und erkämpfter Bestandteil unserer Demokratie, das geschützt werden muss“, so Gersberg in ihrer ersten Rede im Parlament.

DIGITALER NACHHOLBEDARF

„Unsere Schulen haben großen Nachholbedarf bei der digitalen Ausstattung, bei der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und bei der Entwicklung und Umsetzung medienpädagogischer Konzepte“, erklärte Kerstin Geis zu dem Gesetzentwurf zur Förderung der digitalen Infrastruktur an hessischen Schulen. Geis plädierte für eine zügige Umsetzung des Digitalpakts und zusätzliche Anstrengungen des Landes. Das Gesetz sei lediglich ein erster Schritt. Damit die ersten Schulen mit ihren Investitionsmaßnahmen beginnen könnten, müsse dringend die entsprechende Förderrichtlinie, die die Einzelheiten der Förderung festlege, verabschiedet werden.

LANDESREGIERUNG IGNORIERT BÜRGERWILLEN

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sei sozial ungerecht und belaste Bürger einseitig, verdeutlichte Günter Rudolph in der Dritten Lesung des Gesetzentwurfs zur vollständigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. „Die derzeitige Gesetzeslage ist unbefriedigend. Über 70 Bürgerinitiativen landesweit, viele Beschlüsse von Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen, sowie unzählige Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern machen deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht“, so Rudolph. In einer großen Anhörung vor wenigen Monaten hätten fast alle der Anzuhörenden den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion begrüßt und unterstützt. „In namentlicher Abstimmung haben wir heute von allen Abgeordneten verlangt sich klar zu entscheiden. Leider haben die Abgeordneten der CDU und Bündnis 90/Die Grünen den eindeutigen Bürgerwillen ignoriert“, sagte Rudolph. Mit Arroganz und Kälte sei der Entwurf abgelehnt worden. Damit müssten die Bürgerinnen und Bürger weiterhin Zehntausende von Euro für die Sanierung von kaputten Straßen bezahlen. Die SPD-Fraktion werde jedoch nicht lockerlassen und weiter für die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge streiten.

IAA 2.0 ALS LEITMESSE FÜR MOBILITÄT

Tobias Eckert sprach sich in der Plenardebatte über die Weiterentwicklung der Internationalen Automobilausstellung (IAA) für deren Verbleib in Frankfurt aus und forderte eine thematische Weitung der Messe hin zu einem Branchen- und Publikumstreff für moderne Mobilität. „Die Zukunft besteht in einer Vernetzung aller Verkehrsträger zu einem Gesamtkonzept für die Mobilität von Menschen und Gütern“, erklärte der verkehrs- und wirtschaftspolitische Sprecher. Er selbst habe sich bei seinem Besuch auf der IAA davon überzeugen können, dass die Autohersteller daran arbeiten, ihr Angebot so zu erweitern, dass sie auch in einem zukünftigen integrierten System der unterschiedlichen Mobilitätsanbieter eine wichtige Rolle spielen. „Es ist die große Chance der Messe Frankfurt, mit einer weiterentwickelten IAA zum Schaufenster der Welt für eine nachhaltige, zukunftssichere Mobilität zu werden“, sagte Eckert. Darin sei sich die SPD mit dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt einig. Die Weiterentwicklung der Automobilbranche sei bereits Wirklichkeit, nun müsse sich dies auf den entsprechenden Messen abbilden. „Eine IAA 2.0 könnte zur Leitmesse der Welt für Mobilität zu werden“, erklärte Eckert.

ESPORTS ANERKENNEN

In der Debatte über die Förderung von eSport und dessen Anerkennung als gemeinnützige Sportart befürwortete Bijan Kaffenberger eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Gaming als Sportart. „Seit über drei Monaten liegt unser Berichtsantrag bei der Landesregierung vor, die sich aber bisher nicht imstande gesehen hat, darauf zu antworten“, sagte Kaffenberger. „Das mag daran liegen, dass im Innenministerium, das für Sport zuständig ist, bisher keine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Gaming als Sportart stattgefunden hat“, kritisierte er. Und das, obwohl die Games-Branche mittlerweile zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden sei. Schon deshalb sei es sinnvoll, den Sport am Bildschirm ernst zu nehmen. „Da eSport wichtige Fähigkeiten schult, die nicht nur in der digitalen Welt von Bedeutung sind und dazu Training und Strukturen erfordert, muss auf Bundesebene die Abgabenordnung angepasst werden, um Vereinen, die sich auf diesem Gebiet engagieren, Rechtssicherheit zu geben“, erklärte Kaffenberger.

Impressum:
SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:
Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Neumann,
Gerfried Zluga,
Martina Häusl-David